

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege

20.02.2026

Jahresbericht 2025 des Fachausschusses Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

Vorsitz: Kristin Napieralla und Timea
Kreißler,
Paritätischer Gesamtverband



Freiwilligendienste

Im Mittelpunkt der Arbeit des Fachausschusses stand im Berichtsjahr die intensive Auseinandersetzung mit dem Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDMoDG).

Aus Sicht der Verbände der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege besteht die Gefahr, dass die Wiedereinsetzung eines Ersatzdienstes zur Verdrängung bestehender Freiwilligendienste führen oder deren Vielfalt und Qualität beeinträchtigen könnte. Dies gilt insbesondere dann, wenn unterschiedliche Rahmenbedingungen zu einer strukturellen Ungleichbehandlung führen und einzelne Dienste für die Gesellschaft gegenüber anderen deutlich begünstigt werden.

Vor diesem Hintergrund forderte die BAGFW in ihrer Stellungnahme zum Referent:innenentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes, dass nicht nur ein freiwilliger Wehrdienst attraktiv ausgestaltet wird und damit auch ein möglicher Ersatzdienst an Attraktivität gewinnt, sondern zugleich die bestehenden

Freiwilligendienste insgesamt gestärkt und weiterentwickelt werden. Hierzu verwies die BAGFW insbesondere auf die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, wie er in der [Vision 2030](#) beschrieben ist.

Diese Position gründet auf dem Verständnis der BAGFW, dass sich Wehrhaftigkeit nicht allein in militärischer Stärke ausdrückt, sondern ebenso in gesellschaftlicher Resilienz, Solidarität und Demokratiefähigkeit. Für die Ausgestaltung eines möglichen neuen Zivildienstes sollten daher vor allem die langjährigen positiven Erfahrungen aus den bestehenden Freiwilligendiensten handlungsleitend sein, insbesondere im Bereich der pädagogischen Begleitung. Ergänzend forderte die BAGFW eine sorgfältige und kritische Auswertung der Erfahrungen mit dem früheren Zivildienst, um bewährte Elemente zu aufzugreifen und negative Effekte künftig zu vermeiden.

Bei allen Überlegungen zu einer möglichen Wiedereinsetzung eines Ersatzdienstes betonte die BAGFW zudem die zwingende Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure, insbesondere der BAGFW, des Bundesarbeitskreises Freiwilliges Soziales Jahr (BAK FSJ) sowie der BFD-Zentralstellen.

zur [Stellungnahme der BAGFW](#) vom 14. August 2025

Auch die mögliche Ausgestaltung eines neuen Zivildienstes war und ist Thema für den Fachausschuss. Hintergrund ist das Vorhaben des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), einen neuen Zivildienst unter dem Begriff *Bundesgesellschaftsdienst* eng mit dem Bundesfreiwilligendienst (BFD) zu

verknüpfen.

In diesem Zusammenhang hat das Ministerium konkret abgefragt, inwieweit die bestehenden Strukturen der BAGFW-Verbände für einen solchen neuen Zivildienst nutzbar wären.

Die Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex wird entsprechend im Jahr 2026 fortgeführt und den Fachausschuss auch im kommenden Berichtsjahr weiter beschäftigen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Berichtszeitraum war der Einsatz für ausreichende Fördermittel für die Freiwilligendienste im Bundeshaushalt. Die BAGFW wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Mittel bedarfsgerecht aufwachsen und dass die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die Freiwilligendienste weiterentwickelt werden können und mehr Menschen mit unterschiedlichsten persönlichen Hintergründen einen Dienst für die Gesellschaft leisten können.

Bürgerschaftliches Engagement

Mit der Einrichtung einer ressortübergreifenden Zuständigkeit für bürgerschaftliches Engagement bei der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt sowie dem Anstoß des „Zukunftspaktes Ehrenamt“ wurden im Zuge der Bundestagswahl 2025 neue politische Akzente und Zuständigkeiten gesetzt. Die damit verbundenen Themen und Umsetzungsansätze wurden im Laufe des Jahres vom Fachausschuss intensiv und konstruktiv begleitet. Im Mittelpunkt standen dabei die grundlegende Bedeutung von Engagement und Ehrenamt für Demokratie,

gesellschaftlichen Zusammenhalt und Zivilgesellschaft sowie die Notwendigkeit der Stärkung der Zivilgesellschaft durch ehrenamtliches Engagement. Als zentrale Forderung blieb die dauerhafte und bundesweite Verankerung der Infrastrukturförderung bestehen, ein Schritt, der über die bisherige vorherrschende Projektförderung hinausgeht und weiterhin aussteht.

Darüber hinaus bildeten die Bundes-Engagementstrategie sowie der 4. Engagementbericht erneut einen Schwerpunkt der fachlichen Arbeit des Fachausschusses.

Begleitend dazu findet weiterhin ein regelmäßiger Austausch zwischen den BAGFW-Verbänden und der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) im Fachausschuss statt, der die Zusammenarbeit zu aktuellen Themen des bürgerschaftlichen Engagements intensiv pflegt.

Darüber hinaus engagierten sich Vertreter:innen der BAGFW im Berichtsjahr aktiv in den Gremien der DSEE, insbesondere in den Fachbeiräten.

Auch die Mitwirkung und Vorbereitung des erstmals geplanten [Ehrentages](#), der am 23. Mai 2026 anlässlich des Geburtstags des Grundgesetzes stattfinden wird, war Aufgabe des Fachausschusses.

Der Ehrentag wurde vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier initiiert, die DSEE übernimmt die Verantwortung für die Durchführung und die Untergliederungen der BAGFW-Verbände werden sich aktiv daran beteiligen.



10. Deutscher Engagementtag

Als weiterer Höhepunkt des Jahres präsentierten Vertreter:innen des Fachausschusses die BAGFW auf dem 10. Deutschen Engagementtag und machten die vielfältige Arbeit der Verbände und all der unterschiedlichen Engagementformen einem breiten Publikum sichtbar.

[Zum Seitenanfang](#)